

Volksstimme

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielitz, Republikanstra. Nr. 4. — Telefon Nr. 1294
Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 12. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Katowice, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenteiche 6, sowie durch die Kolporteur

Redaktion und Geschäftsstelle: Katowice, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29).

Postfachkonto W. R. D., Filiale Katowice, 300174.

Rechnungsbuch: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Ruhiger Verlauf der Reichstagseröffnung

Die Kampfanträge der Sozialdemokraten abgelehnt — Vertagung des Reichstags noch ungewiß — Nationalsozialisten tolerieren Schleicher

Berlin. Zur Eröffnungssitzung des Reichstages waren die Tribünen bereits lange vor Beginn überfüllt. Kurz nach 15 Uhr erschienen die Abgeordneten im Saal. Die Nationalsozialisten hatten SA-Uniformen angelegt und zogen geschlossen unter Borantritt des Abgeordneten Fric ein. Die Regierungsbank blieb leer. Als der Alterspräsident Lischmann persönlich um 15 Uhr sich zum Präsidentenplatz begab, wurde er von den Nationalsozialisten mit stürmischen Heulrufen begrüßt, auf die die Kommunisten mit Niederrufen antworteten. Nachdem der Alterspräsident festgestellt hatte, daß er das älteste Mitglied des Hauses sei und anschließend daran vier vorläufige Beisitzer berufen hatte, eröffnete er den Reichstag mit einer kurzen Ansprache.

Im Anschluß an die Ausführungen des Alterspräsidenten fand der Namensaufruf der Abgeordneten statt, der etwa eine halbe Stunde in Anspruch nahm.

Nach der Konstituierung schritt der Reichstag zur Wahl seines Präsidiums. Von nationalsozialistischer Seite wird Abgeordneter Göring für die Wahl zum Präsidenten vorgeschlagen. Die Deutschen Nationalen lassen erklären, daß sie für den Abgeordneten Graef stimmen würden, nachdem die Nationalsozialisten sich geweigert hätten, geschlossen für Graef als Vizepräsident zu stimmen. Die Sozialdemokraten schlagen den früheren Reichstagspräsidenten Löbe vor, die Kommunisten den Abgeordneten Torgler. Die Wahl erfolgte durch Stimmzettelausgabe.

Göring wieder Reichstagspräsident Loebe dritter Vizepräsident.

Berlin. Bei der Wahl des Reichstagspräsidenten, die die Wiederwahl Görings mit 279 Stimmen ergab, wurden außerdem abgegeben für den Abgeordneten Loebe (Soz.) 120, Torgler (Komm.) 92 und den Abgeordneten Graef (Deutschnational) 51 Stimmen. Drei Stimmen waren zerstreut. Die Wahl des ersten Vizepräsidenten des Reichstages ergab die Wiederwahl des Abgeordneten Esser (Zentrum) mit 445 von insgesamt 544 Stimmen. Der Abgeordnete Torgler (Komm.) erhielt 93 Stimmen. Sechs Stimmen waren zerstreut.

Nach der Wahl des Präsidenten und der ersten beiden Vizepräsidenten des Reichstages wurde zur Wahl des 3. Vizepräsidenten geschritten, wobei nach der Erzielung der Stimmgleichheit durch den Abg. Hugo (Sozialpartei) und Loebe (SPD) das Los zugunsten Hugos entschied. Nach einer neuerlichen Zählung wurde dieses Ergebnis aber hinfällig, da Loebe eine Stimme mehr als Hugo erhalten hätte.

Reichstag auf Mittwoch vertagt

Kampfantrag der SPD abgelehnt.

Berlin. Nach der Wahl des Präsidiums fand eine längere Geschäftsordnungsansprache über die Festlegung der Tagesordnung für die Mittwoch-Sitzung des Reichstages statt. Ein kommunistischer Antrag, die Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung auf die Tagesordnung zu setzen, wurde gegen die Antragsteller abgelehnt. Auch ein sozialdemokratischer Antrag, die Entgegennahme einer Regierungserklärung auf die morgige Tagesordnung zu setzen, wurde abgelehnt und zwar gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Nationalsozialisten haben sich damit die in dem Antrag der SPD zum Ausdruck gekommene Kampfforderung für morgen gegen die Regierung nicht zu eigen gemacht.

Der Reichstag wird sich am Mittwoch daher nur mit den Gesetzentwürfen über die Stellvertretung des Reichspräsidenten und die Aenderung des sozialpolitischen Teils der Notverordnung vom 4. September, ferner mit Anträgen zur Amnestie, Arbeitsbeschaffung und Winterhilfe beschäftigen.

Das Echo der Parlamentseröffnung in den Berliner Blättern

Berlin. Die Berliner Blätter geben ausführlich den Eindruck der Parlamentseröffnung am Dienstag und der Wahl des Präsidiums wieder. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß die Parlamentseröffnungen allzu oft wiederholt, an sensationellem und fetterlichem Charakter verloren. Die „Germania“ weist auf die Rede des Reichstagspräsidenten Göring hin und schreibt, Göring habe bereits zum zweiten Mal in gleicher Funktion be-



Deutschlands Unschuld an den amerikanischen Kriegs-Sabotageakten festgestellt

Oberlandesgerichtspräsident Dr. Kischelbach, Hamburg, der deutsche Vertreter vor dem deutsch-amerikanischen Schiedsgericht, hat jetzt den Freispruch Deutschlands in dem sogenannten „Sabotage-Prozess“ durchgesetzt. Von amerikanischer Seite war behauptet worden, daß zwei schwere Explosionen in amerikanischen Munitionslagern während des Weltkrieges von deutschen Agenten angezettelt worden seien. Mit dem Freispruch Deutschlands ist auch der amerikanische Anspruch auf eine Entschädigung von 40 Millionen Dollar abgewiesen worden.

tenant, daß er es als seine Pflicht erachten werde, die Rechte der Volksvertretung in aller Konsequenz zu wahren. Inwieweit ihm das gelingen werde, hänge mindestens ebenso sehr von dem Parlament selbst ab. Die Zukunft werde Klarheit darüber schaffen müssen, ob alle Gruppen der Volksvertretung, die nicht geborene Feinde des Parlaments seien, diesmal den Mut zu den notwendigen positiven Entschlüssen finden würden, die allein die Wiedereinrichtung der Volksvertretung in das Staatsgefüge und die Wiederherstellung einigermassen normaler Beziehungen zwischen Regierung und Reichstag sicherzustellen vermöchten.

Der „Vorwärts“ erhebt scharfe Angriffe gegen die Kommunisten, weil sie nicht die Wahl Loebes zum 2. Vizepräsidenten ermöglichen und außerdem bei dem Antrag über die Regierungserklärung die Sozialdemokraten im Stich gelassen hätten.

Die „Deutsche Zeitung“ hebt mit Hinweis auf die Wahl des Präsidiums hervor, wenn diese Entwicklung fortgesetzt werden sollte, dann werde die Vertagung des Reichstages durch ein Zusammenstoßen des Zentrums und der Nationalsozialisten den hoffnungsvollen Ausspruch des nationalen Deutschland zunichte machen und uns vielleicht auf Jahre hinaus wieder parlamentarische Ferkelung anheim geben. Der „Tag“ spricht von einem Schacher bei der Wahl des Präsidiums und hebt hervor, der ganze Parlamentarismus sei greisenhafter denn je. Die „Berliner Volkszeitung“ ist der Meinung, es bestehe kaum noch ein Zweifel, daß die Nationalsozialisten das Kabinett Schleicher tolerieren würden, nachdem sie dazu gehoffen hätten, alle Versuche das Kabinett Schleicher zu offener Feldschlacht im Reichstag zu zwingen, abzuwehren.

Japan droht!

Entweder Anerkennung Mandschukuo — oder Austritt Japans aus dem Völkerbund.

Tokio. Im Hinblick auf Genfer Berichte, die reichlich hohe Erwartungen auf ein Entgegenkommen Japans in der mandchurischen Frage setzten, erklären amtliche japanische Stellen, daß eine Lösung nur im Rahmen der Anerkennung der Unabhängigkeit des Mandschukuo-Staates erfolgen könne. Japan würde nur ungenügend aus dem Völkerbund austreten, aber es werde dieses tun müssen, wenn man Mandschukuo die Unabhängigkeit verweigere oder Japan einer tadelnden Entschliessung aussetze.

Bürgerschreck

Dem ehrhamen Spieker wird nicht geheuer. Etwas ist in der „gottgewollten“ Weltordnung nicht in Ordnung. Immer mehr Stimmen werden laut, daß es nicht so weiter geht. Da ist ein christlicher Staatsmann, der lange das Ruder unseres Staates beherrschte und jetzt empört von der kapitalistischen Ordnung sich abwendet und das geheiligte Eigentum angreift, sogar die entschädigungslose Enteignung predigt, um den Bauern zu helfen, deren fürchtbare Not unbeschreiblich ist. Der Führer des Regierungslagers unseres Landes erklärt seinen Getreuen, daß man unmöglich mit den bisherigen Methoden das ganze Volk regieren könne, Diktatur und Terror wären ungeeignet, die Massen zur patriotischen Gesinnung zu erziehen. Da hat man in allen Tonarten den Bolschewismus verurteilt, von der Kanzel, vom Gerichtstisch und der Regierungsbank die russischen Elemente verurteilt und sich schließlich entschlossen, mit den Bolschewisten einen Nichtangriffspakt abzuschließen und freut sich, daß dies die Vorboten sind, um bald auch einen Handelsvertrag zu bekommen, man verheißt absolut nicht, daß dieses bolschewistische Rußland gerade für Polen noch der beste Absatzmarkt für seine Industrieartikel ist. Man ist froh, mit diesen „Gottesleugnern“ ins Geschäft zu kommen und weiten Kreisen ist es nicht unbekannt, daß wir auch schon in Polen einige Zeit Brot aus bolschewistischem Getreide verzehrt haben. Man weiß, daß die Bolschewisten mit ihrer Bourgeoisie recht scharf abgerechnet haben, daß sie auch von den Gottesheuern nicht viel halten, sie sogar in Arbeiterheime, Gewerkschaftshäuser und Kinos umgewandelt haben und doch reifen sich die christlichen Staatsführungen darum, mit diesen Bolschewisten ins Geschäft zu kommen. Sie erkennen an, daß ihre gottgewollte Weltordnung in die Brüche geht, daß etwas Neues kommen muß. Es ist also nicht verwunderlich, wenn alles aus den Fugen gerät und der Bürger über diese neuen Zustände in Schreck verfällt, zu der Ueberzeugung kommt, daß es nicht so weiter geht.

Aber wie kommt man aus diesen unhaltbaren Verhältnissen heraus? Da tagt fortgesetzt ein Völkerbund, der über Frieden berät, die Erhaltung dieses Friedens als oberste Aufgabe erklärt und doch wird zwischen Japan und China ein ständiger Krieg geführt. Man hat so schöne Verträge geschlossen, die jetzt, statt des „ewigen Friedens“, dauernde Konflikte erzeugen, daß die Welt seit den Friedensschlüssen nicht zur Ruhe kommen will und kann. Ueberall ist die Welt im Umbau während die Wirtschaft in allen Ecken und Enden kracht, die Regierungen ihre letzte Hoffnung auf die nächste Konferenz setzen, die wiederum mit einem Fiasko endet. Und da soll der Bürger vertrauensvoll in die Zukunft blicken, wenn ihr auch von der gottgewollten Staatsführung kein ruhender Pol gezeigt wird. Ja, er muß feststellen, daß keine eigene Regierung nicht einmal ein Programm besitzt, das für die nächste Zukunft einen Weg zeigen würde, wie diese ungeheuerlichen Schwierigkeiten überwunden werden sollen. Zudem schließt man den Volksvertretungen den Mund und wartet und wartet, während die Zeitungen täglich neue Ueberraschungen bringen, daß weitere Betriebe geschlossen werden, daß auf dem Lande die Steuern nicht mehr einzutreiben sind, daß Millionen Menschen hungern, während die Bauern klagen, daß ihre Produkte nicht mehr abzusetzen sind. Von der Kanzel verkündigt man ihnen, daß alles das eine Strafe Gottes sei. Nur wenige raffen sich dazu auf, um zu erkennen, daß das kapitalistische System schuld ist, von welchem gerade die Kirche behauptet hat, daß es unantastbar und von altersher den Menschen auferlegt worden ist, denn wer Knecht ist, der soll Knecht bleiben und eine Obrigkeit bestimmen, was dem Bürger ziemt. Nur der Bürger merkt, daß er dabei auf den Hund kommt, weil man es nicht wagt, dem Uebel abzuwehren, dieses System umzubauen, eine Welt zu schaffen, in welcher der Hunger nicht mehr ständiger Gast ist und die Menschen wieder Arbeit bekommen. Daß dieser Kampf gegen die bisherigen Gewalten gehen muß, gleichviel, wo sie sich offenbaren, das erscheint dem Betrüger nicht begreiflich und er denkt mit Schrecken daran, daß er sich entscheiden muß, unterzugehen oder zu kämpfen, wenn er ein besseres Morgen haben will. Bisher hat eine weisse Regierung für ihn gesorgt und nun soll er energisch werden und von allen lieben Gewohnheiten Abschied nehmen, zu sagen, das bisherige System muß verschwinden.

Die Sozialisten haben seit Jahren den Kampf geführt und sich nicht scheut zu sagen, daß man diese Welt umgestalten muß. Nicht der Kampf gegen Einzelne kann entscheidend sein, sondern das ganze System muß fallen. Die Natur hat die Reichtümer dieser Erde nicht für Einzelne geschaffen, sondern für die Allgemeinheit und darum sollen diese Güter auch allen zugute kommen. Das bedeutet aber, daß die Regierungen als Ausdruck des Volkes für das Volk sorgen und nicht für eine Klasse Bevorrechteter, die die Massen ausbeuten, während sie selbst ungeheure Gewinne erzielen, sie lieber in Auslandsbanken anlegen, an Stelle sie im Lande selbst zu verwenden. Seit Jahren wird die Verständigung der Völker seitens der Sozialisten gepredigt, als den einzigen Weg, daß die Weltwirtschaft wieder in Gang kommt. Dazu ist aber erforderlich, daß man die Zollmauern abbaut, einmal mit der nationalsozialistischen Hege Schluß macht und sich über Mittel und Wege der Verteilung der Produkte verständigt. Den „lieben“ Patrioten ist dies aber nicht genehm, weil sie dann anerkennen müßten, daß es keine bevorzugten Nationen gibt, sondern alle gleiches Anrecht auf Leben haben. Die Kapitalisten und ihre Exponenten müssen dann verschwinden, die Völker selbst übernehmen die Leitung ihrer Geschicke. Die Sorge um die Allgemeinheit rückt in den Vordergrund, die Interessen einzelner müssen fallen. Und hier ist der wunde Punkt, mit dem sich die Spießer nicht abfinden wollen. Da wird die Vergesellschaftlichung aller Industrien des Großhandels, der Banken gefordert, der Privateinfluß wird zugunsten des Volkes ausgeschaltet und Arbeit muß für jeden vorhanden sein, darum auch umfassende Arbeitszeitverkürzung, auf die man nicht eingehen will, weil immer noch die Meinung vertreten ist, daß lange Arbeitszeit allein, Vorteile bringt. Diese kapitalistische Welt, die man bis lange als unabänderlich gehalten hat, hat bewiesen, daß sie nicht in der Lage ist, der Menschheit Glück und ein sorgenloses Leben zu bringen. Darum muß sie verschwinden, um besseren Verhältnissen Platz zu machen.

Der Bürger wird noch manchen Schreck ertragen müssen. Seine bisherigen Führer, ob sie nun in Polen Sławek, Korzantyn oder Witos heißen, sagen ihm in den letzten Wochen Tag um Tag, daß es anders werden muß. Sie greifen das heutige System von ihrer Erkenntnis aus an und sind zu großen Zugeständnissen bereit, wenn sie auch noch die Fassade der christlichen Staatsführung aufrecht erhalten wollen, ob sie es auch können, das wird ihnen die nächste Zukunft beweisen, daß es ausgeschlossen ist. Eine Welt geht zugrunde und ihr kann niemand mehr Halt gebieten, sie wird in den bisherigen Formen nicht mehr weiter existieren können. Sie haben die Wahl, sich mit den breiten Massen zusammenzuschließen, um den Umbau dieser Verhältnisse ohne große Zersplitterungen zu vollziehen, oder aber zuzusehen, wie die betroffenen Massen zur Selbsthilfe greifen. Denn immer stärker wird die Unzufriedenheit, die Menschen wollen Brot, wenn man ihnen keine Arbeit geben kann, um sich selbst welches zu schaffen. Sie werden auch zu der Erkenntnis kommen, wie es der Bürger jetzt schon tut, daß es nicht weiter geht, daß helfen keine neuen Kirchenbauten und Verköstigungen, daß es einmal besser gehen wird. Hier muß durchgegriffen werden und die Arbeiterschaft selbst kann dieses Werk beschleunigen, wenn sie erkennt, daß Brot und Arbeit nur mit einer Arbeiter- und Bauernregierung in Polen zu schaffen sind. Dazu gehört aber der politische Wille, dies durchzusetzen, dieses Werk wird der Bürger nicht für den Arbeiter erfüllen, und je eher er zu der Erkenntnis kommt, um so eher geht der Bürgerkrieg vorbei, und eine neue Welt wird aufgebaut, die mit all den heutigen Krankheitserscheinungen unserer Zeit ein Ende macht.

Roosevelt kehrt nach New York zurück

Sonder Sitzung des Kongresses?

New York. Roosevelt kehrte am Dienstag nachm. von Warm Springs über Washington nach New York zurück. Ueber das Abstimmungsergebnis im Repräsentantenhaus über das Alkoholverbot äußerte er eine gewisse Enttäuschung. Es ist auch unwahrscheinlich, daß sich der jetzige Kongreß den auch das Alkoholverbot bezüglichen 18. Verfassungszusatz aufhebt. Dagegen wird es immer wahrscheinlicher, daß Roosevelt nach seinem Amtsantritt — wenn auch nur widerwillig — zur Wenderung des Alkoholverbots sowie zur Einleitung von Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft eine Sonder Sitzung des Kongresses einberufen wird. Nach Ansicht Roosevelts spielt diese Hilfe für die Landwirtschaft die Hauptrolle bei der Wiederbelebung der Wirtschaft.



Die größte Auto-Hochstraße der Welt in Amerika eröffnet

Die ersten Wagen passieren die Auto-Hochstraße zwischen den Städten Jersey City und Newark (im Staate New Jersey USA). — Diese Straße wurde mit einem Kostenaufwand von 84 Millionen Mark erbaut und ist ausschließlich dem Autoverkehr vorbehalten.



Zur ersten Sitzung des neuen Reichstags

Links: Das Präsidium des Reichstags vom 31. Juli, das zum Teil wieder gewählt wurde. Von links nach rechts: Zweiter Vizepräsident Graf (DVP), Reichstagspräsident Göring (NSDAP), erster Vizepräsident Esser (Zentrum), dritter Vizepräsident Rauch (Bayer. Volkspartei). — Rechts: General Liepmann, der 82jährige nationalsozialistische Abgeordnete, leitete als Alterspräsident die erste Sitzung bis zur Wahl des Präsidiums.

Eineinhalb Stunden Sejm

Elf Projekte fast debattelos in die Kommissionen überwiesen
Interpellation über die Lemberger Vorgänge

Warschau. Die Dienstagssitzung des Sejms dauerte nicht ganze eineinhalb Stunden, die fast debattelos die Regierungsvorlagen den einzelnen Kommissionen überwiesen hat. Nur bei der Retruke vorlage ergriffen der kommunistische Abgeordnete Ignacjal und der sozialistische Abgeordnete Jaremba das Wort, um die Militärpolitik, das heißt die Behandlung der Soldaten, sehr scharf zu kritisieren, wobei die Redner sehr oft aus dem Regierungslager unterbrochen wurden. Der Abgeordnete Stronski griff die Regierung an, weil sie den Nichtangriffspakt mit Rußland ohne den Sejm ratifiziert habe und äußerte verschiedene Wünsche zu einer Vorlage zwischen Deutschland und Polen, weil zwar Polen verschiedene Abkommen ratifiziere, wäh-

rend deutscherseits der Handelsvertrag noch nicht durch den Reichstag ratifiziert worden sei. Der Abgeordnete Malinowski von der Bauernpartei ergreift zu einem Antrag das Wort, um sich über die Polizeischikanen zu beschwören, wie gegen Bayern anlässlich des Pieferungstreifs vorgegangen ist, ein weiterer Antrag des Volksblocks über die Vorgänge in Lemberg wurde mit den Stimmen des Regierungsbloßes abgelehnt. Die Opposition bringt weiter einen Antrag gegen das Dekret betreffend das Vereinsrecht ein, welcher an einer der nächsten Sitzungen behandelt werden soll. Damit war die Tagesordnung erschöpft, die nächste Sitzung wurde auf Dienstag, den 13. Dezember vom Marschall festgesetzt.

Der Verlauf der Fünfmächtekonferenz

Deutscher Verhandlungsvorschlag — Ungenügende Erklärung Herriots

Genf. Ueber die zwei großen Sitzungen der fünf Mächte kann nach Mitteilung von zuständigen Stelle folgende zusammenfassende Darstellung gegeben werden:

Zu Beginn der Verhandlungen wurde den fünf Mächten der amerikanisch-französische Plan vorgelegt. Der deutsche Außenminister bemerkte darauf ausdrücklich, daß er sich zu weiteren Besprechungen in Genf nur auf der Grundlage der Erklärungen des englischen Außenministers im Unterhaus und des dem Büro der Abrüstungskonferenz eingereichten Vorschlages bereit erklärt habe. Jetzt werde ihm jedoch ein von den übrigen Mächten ausgearbeiteter schriftlicher Plan vorgelegt, wonach sich somit für ihn eine völlig veränderte Lage ergeben habe.

Macdonald bestritt, daß irgend eine feste Vereinbarung zwischen den übrigen Mächten vorliege und erklärte, daß ihm selber dieser Plan bis dahin nicht vorgelegt worden sei. Freiherr von Neurath erklärte darauf, nach seiner Stellung zum amerikanisch-französischen Plan befragt,

Daß er hierin zunächst eine erhebliche Verschiebung aller Plagen sehe, die für ihn nicht annehmbar sei.

Der Reichsaussenminister legte dann von sich aus den übrigen Mächten einen Vorschlag vor, nach dem die gegenwärtigen Besprechungen mit der Annahme einer formulierten Erklärung abgeschlossen werden sollen, in dem die Einsetzung eines Ausschusses maßgebender bevollmächtigter Sachverständiger der fünf Mächte beschlossen wird, der bis spätestens Ende Januar die allgemeinen Richtlinien für die endgültige Regelung der Gleichberechtigung und der sich aus der Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung ergebenden materiellen Folgen ausarbeiten soll. Diese Richtlinien sollen die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung und die Erziehung des Teiles 5 des Versailler Vertrages durch das künftige Abwüstungsabkommen festlegen.

Auf der Grundlage dieser Richtlinien sollen sodann nach dem deutschen Vorschlag die fünf Mächte Ende Januar erneut zusammentreten, um den endgültigen Beschluß über die Anerkennung der formellen und materiellen deutschen Gleichberechtigung und damit der Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungskonferenz zu fassen.

Dieser deutsche Vorschlag wurde von Macdonald als allzu weitgehend nicht zur Verhandlung gestellt, da er befürchte, daß dieser Vorschlag zunächst auf den allergrößten Widerstand der französischen Regierung stoßen werde.

In der Mittagsitzung, in der die Erörterung des amerikanischen Planes wieder aufgenommen wurde, gab dann Herriot im Namen der französischen Regierung folgende Erklärung zur Gleichberechtigungsfrage ab:

„Frankreich erkennt an, daß einer der Zwecke der Abrüstungskonferenz der ist, Deutschland und den übrigen durch die Friedensverträge entwaffneten Mächten die Rechtsgleichheit im Rahmen eines Regimes zu gewähren, das für alle Mächte, somit auch für Frankreich die Sicherheit einschließt.“

Diese Erklärung wurde dem deutschen Außenminister als die Grundlage für die Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungskonferenz vorgelegt und von den übrigen Mächten als ein außerordentliches bisher noch nicht dagewesenes Entgegenkommen gegenüber Deutschland bezeichnet. Man machte geltend, daß diese Erklärung nunmehr die sofortige Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungskonferenz ermöglichen müßte. Auf die dahingehende Frage lehnte der Reichsaussenminister die Erklärung Herriots als ungenügend ab, behielt sich jedoch seine endgültige Stellungnahme vor.

Die Verhandlungen der nächsten Tage werden nunmehr auf der Grundlage sowohl des amerikanischen, als auch des deutschen Vorschlages erfolgen. Herriot zeigte in der heutigen

Sitzung gewissen Widerstand gegen den amerikanischen Plan und verlangte, daß zunächst der große französische Sicherheits- und Abrüstungsplan mit den gesamten dort vorgesehenen Sicherheitsgarantien behandelt würde, während Norman Davis die sofortige Durchberatung seines Planes forderte. Der deutsche Außenminister gab hierzu die Erklärung ab, daß er an dem amerikanischen Plane kein Interesse habe, jedoch bereit sei, die Verhandlungen über den amerikanischen Plan anzuhören. Die Vertreter Englands und Italiens nahmen zu dem amerikanischen Plan nicht ausdrücklich Stellung. Bemerkenswert wurde die außerordentliche Zurückhaltung des italienischen Vertreters.

Die Erklärung Herriots zur Gleichberechtigungsfrage wird in den leitenden deutschen Kreisen zwar als ein gewisser Fortschritt bezeichnet, jedoch keineswegs als genügend, um eine Rückkehr Deutschlands in die Abrüstungskonferenz zu ermöglichen. Man weist darauf hin, daß diese Erklärung außerordentlich vage und nur in allgemeinen Linien gehalten sei, so daß damit keinerlei Klarheit über Frankreichs künftige Stellung in den Abrüstungsfragen geschaffen werde.

Freiherr von Neurath beabsichtigt, am Sonnabend nach Berlin zurückzukehren.

Neuer Wahltag der belgischen Sozialdemokratie

Ergebnisse der belgischen Provinzialratswahlen.

Brüssel. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen der Provinzialratswahlen haben die katholische Union 13 Siege, die Sozialisten 16 und die Kommunisten 4 Siege gewonnen. Die Verluste der Liberalen belaufen sich auf 28 und die der Frontisten auf 4 Siege.

Japanfeindliche Unruhen in Swatow

Tokio. Das Außenministerium teilt mit daß es in Swatow zu japanfeindlichen Unruhen gekommen sei. Mehrere japanische Staatsangehörige seien schwer verletzt, japanische Geschäfte geplündert worden. Die japanische Kolonie hat um militärischen Schutz gebeten. Zwei japanische Zerstörer sind von Kanton nach Swatow beordert worden.

Borah sagt Anerkennung Sowjetrußlands voraus

Washington. Der bekannte Senator Borah stellte mit Genugtuung fest, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten sich mehr und mehr der offiziellen Anerkennung Sowjetrußlands zuneige. Der nächste Kongreß, so sagte Borah, werde der Anerkennung zustimmen.

Umzug der Hungermärschler in Washington

Washington. Mit polizeilicher Erlaubnis veranstalteten am Dienstag 3000 zum größten Teil kommunistische Hungermärschler einen großen Demonstrationsumzug in Washington. Die Leute waren teilweise nach russischem Vorbild gekleidet und führten in dem Zuge rote Fahnen mit. Auch eine Rotfrontkapelle nahm daran teil. Die Polizei befand sich im Zustande höchster Alarmbereitschaft.

Grauenhafter Selbstmord einer 67 jährigen

Warschau. In Lemberg hat eine 67 jährige Frau namens Dobromilka in furchtbarer Weise Selbstmord begangen. Zunächst machte sie sich durch reichlichen Alkoholgenuß betrunken, bezog sich dann mit Öl und zündete darauf ihre Kleider an. Nach einiger Zeit fanden die Nachbarn die verblutete Leiche der Frau.

